

INTERPELLATION

Urheber PLR-Fraktion, durch Grossrat (Suppl.) Julien Monod
Gegenstand APH und Langzeitpflege: Es wird bezahlt, aber nicht weiterverrechnet!
Datum 17.05.2013
Nummer 2.0012

Die Aufteilung der Finanzierung der Pflegeheime wurde für 2012 (gemäss neuem Gesetz) angepasst, wobei der Subventionsanteil des Kantons deutlich erhöht wurde. Besagte Subventionierung fiel für die Pflegeheime zu grosszügig aus (da sie sich auf die Kosten 2011 stützte, die sehr hoch waren) und führte 2012 zu Überschüssen zwischen 800'000 und 1'000'000 Franken für ein grosses Pflegeheim. 2013 dürften diese Überschüsse sogar noch höher ausfallen.

Im neuen Gesetz war vorgesehen, dass der Kanton einen Teil dieser neuen Finanzierung an die Gemeinden weiterverrechnet. Die Gemeinden waren anlässlich der Erarbeitung der Budgets 2012 über diese Weiterverrechnung (rund 250'000 Franken für eine mittlere Gemeinde) informiert worden. Eine entsprechende Rechnung haben sie allerdings nie erhalten und werden sie wohl auch nicht, da das neue Gesetz aufgrund eines Referendums noch nicht anwendbar ist.

Auf Ebene des Kantons hatten diese beiden Tatsachen gleich einen doppelten Negativeffekt auf die Rechnung 2012 (+ 24 Mio.), was hätte vermieden werden können, wenn diese neue Finanzierung korrekt eingeführt worden wäre.

Schlussfolgerung

Da die FIKO zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Interpellation noch immer auf eine befriedigende Erklärung wartete, wollen wir Folgendes wissen:

Wie kommt es, dass sich der Kanton für 2012 sowohl auf das neue Gesetz (Gewährung der Finanzierung an die Pflegeheime) als auch auf das alte Gesetz (keine Weiterverrechnung eines Teils dieser Finanzierung an die Gemeinden) gestützt hat?

Werden die Pflegeheime die erhaltenen Beträge zurückzahlen müssen, falls das Referendum zustandekommt?

Werden die Gemeinden ihren Anteil rückwirkend leisten müssen, falls das Referendum nicht zustandekommt?

Wird diese Problematik 2013 geregelt werden?

Falls ja, kann sie noch vor Erarbeitung des Budgets 2014 geregelt werden, damit der Kanton 2014 von diesen negativen Auswirkungen verschont bleibt?